

Gewissen

30 Pfennige

Zehnter Jahrgang Nr. 11

Berlin, Sonntag, den 11. März 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W 30, Mohlstraße 22. Druck: Naue'sche Buchdruckerei A. G., Berlin S 14, Stallschreiberstraße 5. — Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. — Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich RM. 1.—, durch den Verlag (nur Jahresabonnement) RM. 12.—. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifenband vierteljährlich RM. 3.75, Jahresabonnement RM. 15.—. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Programm und Realitäten

Wir stehen bereits im Gedränge der Wahlen. Man muß zugeben, daß das deutsche Volk im allgemeinen sich nicht im Klaren ist, was eigentlich mit dem Beginn neuer Wahlen vor sich geht. Der Kampf der Parteien um die Seelen der Wählerschaft steigert sich zwar. Die geloderten Heerscharen werden geordnet, unter aufgefrischem Wahlzeichen gesammelt und in den Kampf geführt. Bei anderen Völkern geht es soweit, daß in der Wahlzeit sogar die Geschäfte ins Stocken geraten und alle Kräfte sich für den Wahlkampf freimachen. Die Menschen bei uns nehmen diese Gelegenheit nicht so wichtig, weil sie sich nicht entschließen können, das politische Theater ernst zu nehmen. Sie sind auch zu sachlich und stoßen sich an der künstlichen Maske und der Verlogenheit des Ganzen. Andererseits führt die gleiche Anlage zur Sachlichkeit dazu, daß man zum Teil auch das für bare Münze nimmt, was lediglich Parteitaktik und Stimmenfang bedeutet. Jedenfalls glaubt man immer noch an Programme, auch wenn sie längst abgewirtschaftet haben.

Man hat auch das Notprogramm wieder ernst genommen und zeigt sich überrascht, daß seine Durchführung Schwierigkeiten macht. Bei diesem Notprogramm handelt es sich allerdings um ein ganz kurzfristiges Parteikompromiß, das kaum Bedeutung hat, auch für die Landwirtschaft nicht. Viel bedeutender dagegen ist, daß die eigentlichen Notfragen, vor allem die Notfrage der Landwirtschaft, zu einer Programmfrage geworden sind, um die man hüben und drüben streitet. Die Sozialdemokratische Partei ist mit einem großen Agrarprogramm herausgekommen, hauptsächlich verfaßt von ihrem Sachverständigen Baade und autorisiert durch ihren Staatssekretär Krüger.

Man weiß, daß Baade auch von seinen Gegnern ernst genommen wird. Die typische Verbindung von demokratischem Stimmenfang und sachlichen Erwägungen gibt dem Programm einen peinlichen Charakter. Das Programm zwingt die organisierte Interessenvertretung zur Verteidigung, die eine grundsätzliche Schwierigkeit hat, weil man politische Programme eben nur mit politischen Programmen bekämpfen kann und nicht mit „Parolen“, die, wie etwa „Schutz des Besitzes“, als Interessenparolen wirken. Es gilt die Produktion zu schützen. Das ist auch in der Sache etwas anderes. Man würde sich von beiden Seiten nähern, wenn man von vornherein auch auf der sogenannten Rechten die Verantwortung der nationalen Produktion als Sammelparole hochhalten würde. Man befände sich dann auf der gleichen Ebene: Kein Recht ohne Pflicht! Aber die Ausbalancierung von Rechten und Pflichten bliebe dann immer

noch der Streit offen. Aber um taktisch zu sprechen: Man machte es dann dem Gegner nicht so leicht, wie es leider immer noch auf Seiten der Besitzvertretung der Fall ist.

Aber was nützte selbst ein Agrarprogramm, das durch seine sachliche und wirtschaftspolitische Überlegenheit dem Gegner überlegen wäre? Was helfen überhaupt Programme? In einer Zeit der Not — das haben wir im Kriege erfahren — sind die inneren Spannungen, die sich aus dem gesteigerten Wirtschafts- und Lebenskampf ergeben, so schwierig und können sich zu so akuter Feindseligkeit steigern, daß man mit sachlichen Erwägungen zur Zeit überhaupt nicht mehr durchkommt. Man mag annehmen, daß die Not zwingt und die vielen Menschen, die nun einmal an der Hungerstippe liegen, zum einfachen Ja-Sagen nötigt! „Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren, sondern auch der Herr Jedermann.“ Aber soweit sind wir noch nicht. Es geht heute noch um Besitzstreit, um Klassenkampf; und die wirtschaftlichen und sozialen Unruhen haben auch den ruhigsten und geduldigsten Teil unseres Volkes, den Bauern, erfaßt. Robert Schmidt, der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister a. D., erklärt zwar, daß man das Geschrei der Landwirte seit „zig“ Jahren kenne und nicht ernst zu nehmen brauche. Schließlich geht es den meisten Deutschen heute schlecht. Warum soll es nicht auch den Bauern schlecht gehen? Aber man soll nicht unterschätzen, daß die Unruhe der Bauern mehr bedeutet, daß das im Grunde unsoziale Element des Bauern, wenn es einmal politisiert ist, dem Ganzen ebenso gefährlich werden kann, wie der Aufstand der Arbeiter. Und wenn jetzt weitere Kreise erkennen, daß es eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft gibt, wenn auch die liberalen Politiker mit Reformvorschlägen zur Sanierung der Landwirtschaft kommen, dann zeigt das wohl, daß man wirtschaftlich die Konsequenzen überblickt; aber wir fürchten, daß man die politischen Realitäten immer noch falsch beurteilt und gar nicht weiß, wie man politisch ihrer Herr werden wird. Man versucht es mit Programmen und vielleicht auch mit Organisation. Und man wird, man muß scheitern, da nun einmal die geldliche Liquidität unserer Volkswirtschaft so geschwächt ist, daß weder die erforderliche Aktivität noch die Bewegungsfreiheit vorhanden sind. Das zeigt sich aber nicht nur in einer tödlichen Erstarrung allen Organisationswesens, wie beispielsweise des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, an das auch die Herren Baade und Genossen appellieren, das zeigt sich vor allem am Menschen, in der Psychologie des Wirtschaftsmenschen. In einer Zeit der Typisierung des Menschen: „Mann ist Mann!“ glaubt man nicht mehr an diesen Faktor, weiß nicht mehr, daß Wirt-

(Gefühlsmensch) Persönlichkeit heißt, aktivste Initiative, gestaltende Verantwortung.

Und scheitert an diesem moralischen Defizit, das man allzu lange unbeachtet gelassen hatte. Nehmen wir ein Beispiel: Das sozialdemokratische Programm erklärt, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion als unentbehrliche Ergänzung eine weitgehende Fürsorge für einen geregelten Absatz erfordert. Bereits bei der heutigen unvollständigen Entfaltung der Produktivkräfte treten auf Teilgebieten der landwirtschaftlichen Produktion Störungen der Märkte ein. Solche Störungen äußern sich bald in Preisstürzen, die die Produzenten um die Früchte ihrer Arbeit bringen, ohne daß die Konsumenten einen Nutzen davon haben, bald in einer katastrophalen Verteuerung der Lebensmittelversorgung, wobei wiederum die Produzenten durchaus nicht immer die Gewinnenden sind. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine weitgehende Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das wilde Auf und Ab der Preise, in das die „kapitalistische Anarchie der Märkte“ — eine Wortprägung, die nun einmal das Parteiprogramm verlangt — die landwirtschaftliche Produktion gestürzt hat, steht im Widerspruch zu der inneren Natur des landwirtschaftlichen Betriebes. Darüber hinaus leiden Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise. — — Soweit Baadel Eine klare Erkenntnis! Aber was fordert das Programm? Das sozialdemokratische Programm fordert genossenschaftliche Organisation der Erzeuger und Verbraucher und ist damit einig mit einem großen Teil der Landwirte. Aber ist eine derartige Bürokratisierung der Wirtschaft wirklich identisch mit dem an anderer Stelle geforderten Selbstverwaltungsprinzip? Oder noch anders gesprochen: Glaubt man wirklich die Durchorganisation der Erzeugung und des Absatzes nach dem bürokratischen Vorbild des Staates heute überhaupt noch fertig zu bekommen, wo die Zersplitterung der Parteien sich auf das Verbandswesen überträgt und der Kampf der Funktionäre auf der ganzen Front entbrannt ist. Hier hilft kein Appell an die Schicksalsgemeinschaft mehr, ge-

schweige denn ein Parteiprogramm. Hier hilft auch keine Anordnung per ordre de Mufti, denn man kann wirtschaftliches Chaos nicht durch Gesetze in Ordnung bringen. Hier würde nur eins helfen: die Überwindung des Chaos durch die persönliche Kraft des Vertrauens, durch die Sammlung aller Gefolgschaft, die etwa ein Hindenburg noch auf sich, auf seine starke Persönlichkeit konzentriert im Sinne der nationalen Verantwortung.

Ein derartiges Wort klingt vielleicht auf den ersten Blick wie Ideologie. Aber man wird aus der weiteren Entwicklung erfahren, daß diese Quelle nationaler Kraft, die über eine ungeschwächte Wirkung vor allem für die in einem Notprogramm der Landwirtschaft unentbehrliche Solidarität von Bauern und Arbeitern verfügt, noch einmal eingesetzt werden muß, wenn wir die allergefährlichste Störung in unserem Wirtschaftsleben, die Trennung der landwirtschaftlichen Produktion vom städtischen Konsum überwinden wollen. Dieser Bruch droht unheilbar zu werden; und die betriebsamen Geister, die sich von den verschiedensten Standorten aus um seine Überwindung bemühen, sollten sich über die eigene Unzulänglichkeit im klaren sein, denn wir sind irgendwie am Ende mit der Organisationskraft und auch der Organisationskunst. Das Zauberwort „Nationalisierung“ hat auch in der Industrie angefangen, Bedenken auszulösen, denn es handelt sich eben nicht nur um Wirtschaftlichkeitserwägungen, sondern auch um Grenzfragen der Kraft und der menschlichen und wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit. Und wir erleben heute, daß im Volke, im erdhast und werkstatt-gebundenen Volke etwas Neues entsteht, das ein Bewußtwerden der vollhaften Kraft bedeutet, ein neues nationales Besinnen von unten her. Diese Besinnung muß mit aller Vorsicht und Behutsamkeit behütet werden. Hier darf nicht gedoktort und gekünstelt werden. Ihre Zusammenfassung ist Vertrauensfrage, nicht Programmfrage. Die Frage ist, wie eine Führung die stärkste politische Realität, die wir noch besitzen, auswertet. Wie gesagt, wir haben das unverdiente Glück einer Führung des Vertrauens. Wenn es sich um echte Volksnot handelt, müssen die echten Quellen der Kraft ausgewertet werden.

Die politische Woche

Die Südtirol-Debatte des Österreichischen Nationalrates und die Rede Seipels werden in der Rede Mussolinis beantwortet mit der Drohung, daß er das letztmal über Südtirol spreche, daß er das nächstmal Laten sprechen lassen werde; das Weltscho der Rede ist mit Ausnahme der französischen Presse ungünstig. — Die „Wosische Zeitung“ wird in Italien verboten und der „D. A. Z.“ wird nahegelegt, sich lieber um die Deutschen in Jugoslawien zu kümmern, wenn sie nicht das Schicksal der „Wos“ teilen wollen.

★

Die D-Banken veröffentlichen ihre Jahresabschlüsse und schütten im Durchschnitt 10 Proz. Dividende aus wie im Frieden; auch die Fertig-Industrie vertekelt wieder Friedensgewinne; die Schwer-Industrie kommt nicht über 8 Proz. und bleibt meist hinter 6 Proz. zurück (4,8 Durchschnitt). — Die Verschuldung der Landwirtschaft nimmt in den ersten Monaten dieses Jahres weiter um 1 Milld. zu.

★

Die Wahlen in Polen bringen einen vollen Sieg der Regierung Pilsudski; die Rechtsparteien, insbesondere die National-Demokraten erleiden Einbuße bis über die Hälfte; die deutschen Parteien behaupten sich und gewinnen allein in Westpreußen fünf Sitze. — Der „Kurjer Posnanski“ bringt einen Alarmausschlag über die deutsche Gefahr in den Westgebieten.

★

Die Käte für den Panzerkreuzer wird auf Vorstellung des Reichsminister Groener hin bewilligt. — Der Reichswehrminister wird von der demokratischen Presse gelobt wegen seiner Stellungnahme in der Phoebus-Angelegenheit; der Phoebus-Bericht wird in neuer Redaktion durch den Reichskanzler den Parteien in getrennten Sitzungen mitgeteilt.

★

In Kairo läßt die britische Regierung dem ägyptischen Kabinett eine Note überreichen, die Großbritanniens Anspruch auf Kontrolle

der ägyptischen Gesetzgebung anmeldet; die Note ist die Folge der Ablehnung des Bündnisvertrages mit England. — Sarwat Pascha tritt zurück; der Führer der Wafdisten, Nahas Pascha, Nachfolger Zagluls, wird mit der Kabinettsbildung beauftragt; die nationalen Parteien machen ihre Unterstützung Nahas abhängig von der Ablehnung der englischen Note. — In Kairo müssen Studentenunruhen blutig unterdrückt werden. — In Nicaragua kündigt die nordamerikanische Regierung „einige drastische Schritte“ an, für den Fall, daß der nicaraguanische Kongreß das neue Wahlgesetz nicht in der von Washington verlangten Form annimmt; der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Senats lehnt einen Antrag auf Zurückziehung der Marinetruppen aus Nicaragua ab.

★

In Deutschland bezeichnet der ehemalige Reichspresseschef Spieler es als Pflicht der Zentrumsparlei, nach den Wahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, die an der Schaffung des „neuen Deutschlands“ ein besonderes Verdienst habe. — Der Pan-Europäer Coenhove-Kalergi appelliert an die Wähler Europas, durch ihre Wahlentscheidung den Willen zu Pan-Europa zum Ausdruck zu bringen. — In Berlin ist die kommunistische Theaterleitung Piscator in der Lage, eine zweite Bühne in Regie zu nehmen.

★

Vor dem Pariser Senat lehnt es Poincaré ab, Angaben zu machen über die Höhe der Devisenkäufe der Bank von Frankreich und über die Vermehrung des Notenumlaufs, und erhält seine Nachtragskredite in voller Höhe mit fast völliger Einstimmigkeit bewilligt. — Durch Vermittlung des Völkerbundes erhalten Balkanstaaten Wallstreet-Anleihen. — Die österreichische Anleiheforderung muß warten, weil Italien mit seiner Genehmigung zögert. — Ungarn bekommt direkte Anleihen in London. — In Chicago hält die Bevölkerung Bitt-Gottesdienste ab zur Behebung der Geschäftsgemeinschaft zwischen Beamten und Verbrechern.

Die Parteilosen

* * *

Neuwahlen stehen vor der Tür. Die Parteien marschieren auf mit Ideen, Parolen, Schlagworten, die zugkräftig sein sollen für die Enttäuschten, unentschiedenen, Launen, Ungebundenen, für die Interessenten, deren Stimmen man braucht. Die Ideen, Parolen, Schlagworte sind da, meist ohne Inhalt, ohne ein letztes Ziel, ohne aus der Unzufriedenheit, dem jeelischen Druck den Weg aufzuzeigen, der der Pflicht am Volk, am Staat genügt: die Folgen des Parlamentarismus, einer geschichtlichen Wahrheit und Notwendigkeit vor 150 Jahren. Aber wir sind Menschen von morgen und übermorgen wir — Parteilosen.

Parteilos heißt für die Linke: kein Mut zur Entscheidung. Sie sagen: Ihr steht rechts, aber Ihr wollt es mit uns nicht verderben, daher schließt Ihr Euch nicht der Rechten an. Für die Rechten: Warum kommt Ihr nicht zu uns? Wir sind auch nicht für die Partei als solche, aber wir sind doch das kleinere Übel, wir können nur auf dem Boden der Tatsachen stehen und müssen durch Beelzebub den Teufel austreiben, wir wollen die Partei und ihren Geist durch die Partei, das heißt die unsere besiegen.

Rechte wie Linke haben nicht so unrecht. Es gibt Rechtsopportunisten, die nach einer Seite hin ehrlich sind. Sie wollen — nicht nur aus gesellschaftlichen Rücksichten, wie man links meint — ihre Parteizugehörigkeit nach rechts nicht bejahen. Diese Menschen stehen wirklich ehrlich rechts. Aber sie sind unübersichtlich, verhängt, mit wenigen Ausnahmen keine Männer, meist Altheten, geistige Menschen wie man heute sagt.

Auch links gibt es solche. Sie meinen, turmhoch über der Masse zu stehen. Die Masse wird bemitleidet, aber man sagt nichts gegen die Demokratie, die ja allen das Leben läßt und dafür sorgt, daß Hunger nicht zu Revolten führt. Die Besten, Bewußten, die weltanschaulich gebundenen Liberalen, diese Linksparteilosen lehnen die Parteidoktrin ab, die Kleinheit, den Egoismus der Bonzen, der Führer, sie wählen links, weil man rechts nicht gut führen kann; da sitzen ja die Junker, der Adel, die Königstreuen, gute aber beschränkte Menschen, die nicht regieren dürfen.

Diese Parteilosen von recht und links verstehen sich trotzdem gut, besser als oft der rechte Flügel einer Partei mit dem linken, wenn auch die Motive ihrer Parteilosigkeit weiter auseinander liegen als sie sich denken.

Beide aber sagen, wenn sie die Gründe ihrer Parteilosigkeit von oben sehen:

Die Kommunisten sind die entschiedene, grundsatzgebundene Partei. Sie wissen, was sie wollen: das Bestehende zunächst einmal negieren, vor allem den Besitz, den die anderen haben, den sie wollen, da sie seit Generationen darben. Ihre Wähler sind ehrlich, weil sie nach dem Gesetz der täglichen Not denken. Ihr Ziel, die Internationale, ist eine Utopie, aber gefährlich, weil Hunger und Haß hinter ihr stehen. Wird sie Tat, ist alles zerschlagen, was wir anderen lieben, darum den Kommunisten keine Stimme.

Zu den Sozialisten: die Linksparteilosen sagen: Spießbürger, die ihre Stunde verpaßt haben, die den anderen hassen, weil er ihnen die Macht nimmt; die zur Partei gehören, weil sie als Stärkste für sie sorgen wird; aber von „Freiheit“ machen nur die Führer Gebrauch, der Klassenkampf ist zu stark betont: die wählen wir nicht. Die Rechtsparteilosen sagen: Klassenkampf vernichtet, der Wohlfahrtsstaat verdirbt Volk und staatliches Leben, Sozialisten haben den Dolchstoß geführt, Sozialisten sorgen für sich und ihre Klasse, nicht für den Staat, selbst nicht

den heutigen, das Parteibuch ist Trumpf. Alles in allem: Links ist der Feind für rechts.

Zu den Demokraten: Ihr sagt: Wir stehen in der Mitte und sind die Hüter der jungen deutschen Republik. Die Parteilosen sagen: Was damit gemeint ist, wißt Ihr kaum selbst, wahrscheinlich eine gewisse Form, etwas leblos Gewordenes: eine Negation dessen, was früher war, das Ihr haßt, weil dieser Haß der Endpunkt Eurer Überlegungen ist, daß es nämlich früher der „Mehrheit“ schlecht ging, die Demokratie aber Selbstverwaltung bedeutet durch eigenen Willen. Dieser eigene Wille zur besseren Wohlfahrt kann aber nur durch Wählen zu den vielen Parlamenten betätigt werden, durch ein Bekenntnis zur Demokratie, und deutsche Demokratie hat immer etwas von einer stillen Sehnsucht nach dem Meister, und der kann nicht leben unter dem Druck der Massen, die Feinde sind jedes Überdurchschnittsmenschen, jedes Aristokraten. Und Aristokratie und Demokratie vertragen sich nicht. Ihr habt in Euren Reihen viel Intelligenz, vielleicht mehr als in anderen Parteien, aber das ist Eure Gefahr, weil Ihr Intelligenz und „Geistigkeit“ über Kraft, Willen, Empfinden stellt, und Eure Geistigkeit zu Zugeständnissen an andere Völker führt, die gefährlich sind für uns. Ihr seid letzten Endes Nutznießer der Fehler anderer, redet von der Mitte und meint je nach der Konjunktur rechts oder links. Ihr seid also unzuverlässig, letzten Endes, weil Ihr große Taktiker seid und Ihr Euren Freiheitsbegriff „leben und lebenlassen“ stets verschieden auffaßt.

Zum Zentrum: Ihr wäret notwendig als Partei vor 50 Jahren. Seit der Revolution habt Ihr dem katholischen Volksteil die Stellung in Deutschland verschafft, die ihm gebührt. Jetzt ist's genug der Gegenreformation in Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz. Ihr habt Liberale und Konservative. Entlastet sie zu den Parteien und Gebilden, die entweder liberal oder konservativ sind. Ihr maßt ja nichts. Denn, ist Eure Religion in Gefahr, wenn der Staat sie nicht genügend anerkennt oder gefährdet, so ist Eure Religion stark genug, Euch neu als Partei auf den Plan zu rufen. Ihr seid ein Parlament für Euch, habt Kommunisten in Euren Reihen wie Konservative. Konservative so überzeugt und bewußt, wie wohl kaum in einer anderen Partei. Euer Parlament kann nie ganz einig sein, Eure Flügel sind abwechselnd stark und schwach. Ihr müßt mehr Zugeständnisse zueinander machen als zu Euren Nachbarparteien, daher auch bald die Parole Verfassungspartei, bald republikanische Partei, je nach den Umständen, das heißt, je nachdem Ihr eine Rechts- oder Linkskoalition anstrebt. Ihr seid bei den anderen daher immer in dem Ruf der Unzuverlässigkeit gewesen, abgesehen von der Zeit, wo Eure großen Führer einst ein Programm bedeuteten. Der Linksparteimann sagt: Ihr verrätet die Vereinigung der Proletarier, denn Eure katholischen Arbeiter gehen auch dann mit Euch, wenn rechts regiert wird. Der Rechtsparteimann sagt: Ihr seid unzuverlässig wegen Eures Arbeiterflügels und verdächtig wegen Rom. Der Evangelische sagt: Ihr seid eine katholische Partei, und der Katholizismus ist zu stark in Deutschland, denn der Protestantismus ist in ständiger Verteidigung. Der Katholik sagt: Wäret Ihr nur eine wahrhaft katholische Partei, die auf die Bischöfe mehr hören würde, wie damals in Eurer großen Zeit vor 50 Jahren! Aber Ihr sagt, Ihr wäret eine christliche Partei, und haßt den Katholiken, der aus religiösen Bedenken nicht zu Eurer Partei gehört mehr als jeden Feind der katholischen Kirche, den Kommunisten, den Sozialisten, den Liberalen.

Zur Volkspartei: Ihr habt die Wirtschaft neben und über den Staat gestellt, anstatt sie dem Staat einzugliedern.

Aufgegebene Anschriften werden mit Probeexemplaren beliefert

Ihr sagt Staat und meint Wirtschaft, Ihr sagt Liberalismus und meint Geldverdienen. Ihr sagt: Wir wollen einen wohlhabenden Arbeiterstand durch gesunde Steuerpolitik und meint hohe Dividende. Ihr sagt: Liberale Lebensanschauung und meint günstige Handelsverträge. Ihr sagt, das Handwerk muß einen goldenen Boden haben und meint: die Schwerindustrie ist das Rückgrat der Wirtschaft. Ihr redet von Technik in der Landwirtschaft und meint, die Landwirtschaft kommt in zweiter und letzter Linie. Ihr sagt: Schwarz-weiß-rot und meint, die Wirtschaft ist international. Ihr sagt: Nationale Würde und meint: Nur internationale Verständigung bringt der Wirtschaft Verdienst. Die Linksparteilosen sagen: Die Schwerindustrie ist der Feind des Arbeiters. Die Rechtsparteilosen sagen: Die Herrschaft des Geldes ist der Ruin des Staates, Ihr seid Schrittmacher des Amerikanismus und der Tod der deutschen Kultur.

Zu den Deutschen Nationalen: Ihr habt Eure große Stunde in den letzten 10 Jahren verpaßt wie die Sozialisten ihren großen geschichtlichen Augenblick in der Revolution. Ihr habt Eure geschichtliche Aufgabe der nationalen Opposition verkannt und seid dem Parlamentarismus verfallen wie die anderen. Ihr habt Eure Parteifunktionäre wie die anderen; die Vertreter aller Stände sind in Eurer Partei, um Stimmen zu gewinnen; Ihr stimmt ab, wer Minister werden soll; laßt die Alten regieren, die von vorgestern sind; Ihr seid Taktiker, keine Politiker; Ihr seid Knechte des Systems, keine Herrenmenschen; Ihr seid führerlos und ideenlos, Ihr sucht nach Wahlparolen, um mehr Mandate zu erringen, statt Wert auf die Auswahl zu legen, daß Deutschland und die Welt auf Eure Sprecher hört, die den konservativen Begriff wieder zu Ehren führen sollen, den Eure Vorgänger vor 50 Jahren verraten haben. Ihr habt die linkseingestellte suchende Jugend enttäuscht, weil Sozialismus Euch ein Schlagwort geblieben ist. Ihr habt die Konservativen enttäuscht, weil Ihr liberal seid und ohne Grundsätze, Ihr habt die Jugend enttäuscht, weil Ihr die Führer in Euren Reihen nicht wollt, sondern die Routiniers, die Taktiker, die Gewählten.

Zu den Splitterparteien: Ihr seid das Sammelbecken der Unzufriedenen und seid machtlos. Ihr vertrittet Sonderinteressen, materielle Wünsche, Ihr seid ohne Ethos, ohne Ziel für heute und morgen, Ihr seid nur gut genug, um Euren Führern die Möglichkeit zu geben, Reden zu halten, und einen lebendigen Beweis für die Wertlosigkeit unseres Parteilebens zu bieten.

So sagen die Parteilosen. Zu allen Parteien aber sagen sie:

Die Verfassung kennt Euch nicht und Ihr rächt Euch dafür, indem Ihr sie verlezt. Ihr habt die Wahlkandidaten zu Statisten auf dem Wahlzettel und die Abgeordneten zu Stimm-Nummern herabgewürdigt. Ihr laßt sie nicht als verantwortliche Mandatäre des Volkes, sondern als Eure Phonographen im Reichstag sprechen, indem Ihr auf ihren Stimmbändern eine in der Fraktion fabrizierte Platte spielen laßt. Ihr macht den Reichstag zu einem Miethaus der Parteien, in dem das Plenum, das seinen Namen vom Gegenteil hat, einer Mieterratversammlung gleicht. Ihr politisiert die Sachen statt die Politik zu versachlichen, und wundert Euch, daß sich die Köpfe dem Parlament und der Partei versagen. Ihr habt aus der Politik ein nicht einmal sehr geachtetes Gewerbe gemacht. Ihr handelt mit Euren Stimmen, indem Ihr sie in regelrechten Tauschgeschäften — Ihr nennt sie Kompromisse — einander zuschiebt. Ihr habt Euren Abgeordneten das Ethos genommen und ihnen dafür die notwendig seelenlose Moral der Partei untergeschoben. Bismarck benutzte die Parteien für seine sachliche Politik. Ihr benutzt die Regierung für Eure Parteigeschäfte. Ihr seid selbst die Regierung. In Euren Parteibüros, nicht in den Ministerien liegt die Verwaltung. Die Fraktionsitzungen und die interfraktionellen Besprechungen sind wichtiger als die Sitzungen des Reichskabinetts. Schlimmer noch als Ihr selbst sind Eure einzelnen Abgeordneten, die, mit der Parteitoga bekleidet, in die Ämter hinein-

wirken und das Vertrauen zur Regierung an der Willfährigkeit der Minister für ihre oft bedentlichen Wahlkreismerzen oder Parteipersonalia messen. Ihr bestimmt durch die Amtspatronage die Arbeit der Behörden; die Beamten sind trotz der Reichsverfassung Eure Diener, indem sie sich Euch durch Parteitreu im Amte dankbar erweisen und für weitere Förderung empfehlen müssen.

Und Eure Programme? Sie sind von gestern und für den Tag, ja fast für die Minute. Sie sind nicht auf Seelen Grund gewachsen, sondern konstruiert, formuliert, voneinander abgeschrieben, sie sagen alle das gleiche nur mit ein wenig anderen Worten. Wesentliches wissen sie nicht zu sagen. Sie sind nicht orientiert am ewigen Staat, sondern an den Tagesnöten der Wähler, nicht am Menschen als einem Glied in der Kette der Generationen, von denen die kommenden allein bestimmend für unser politisches Handeln sein dürfen. Ihr seid so programmlos wie Eure Namen nichts sagend sind. Ihr seid jede für sich genommen ohne eigenen Sinn, Ihr empfangt ihn erst durch die anderen Parteien, durch die Koalition oder durch den Gegensatz. Undenkbar, daß eine von Euch allein regierte; sie wäre in hilflosester Verlegenheit, weil es vom Kompromiß keinen Weg zur klaren Willensbildung und zum Mut zu verantwortlicher Selbstbestimmung gibt. Ihr begreift Euch selbst überhaupt erst im Zusammenhang der anderen Parteien und dabei seid Ihr — merkwürdig genug aber auch bezeichnend für unsere Zeit — nicht einmal aus Eurer Gegensätzlichkeit heraus begreifbar. Ihr unterscheidet Euch nicht antithetisch, sondern Ihr liegt jede für Euch auf einer anderen Ebene. So ist nicht einmal der Trost, daß Ihr zusammen eine ausgeglichene Meinung hervorbringt.

Zu sich selbst aber sagen die Parteilosen, alle, die von rechts kommen und von links:

Wir wollen nicht, daß ehrliche, kluge, nur in ihrem Gewissen gebundene Männer an solchen Parteigebilden scheitern. Wir wollen Würde, Zielsicherheit, Anstand, sachliche Erwägungen bei unseren Führern sehen. Wir wollen nicht die Menschen von gestern, die sich und ihre Freunde suchen und die Zahl. Wir wollen den Staat, nicht den einzelnen, wir wollen einen Ausgleich der Interessen auf der Basis des Möglichen, auf der Grundlage der Eignung und Leistung. Wir wollen keine Schlagworte, wir wollen die Tat. Wir wollen keine Herrschaft der Politiker und Parteien, wir wollen eine Herrschaft der Männer, denen Deutsch, Staat, Sozialismus, Kultur ein Lebensdogma ist. Wir wollen keine Parteihändel, wir wollen jedem sein Recht verschaffen im Rahmen der ganz großen Postulate der Nation, wir wollen keine Klassen, wir wollen die Gemeinschaft. Wir wollen in diesem Kampf um den Staat nichts wissen von rechts und links, von Arbeiter und Adel, katholisch und evangelisch, Landwirten und Industrievertretern, Parlamentariern und Bürokraten, schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold, Monarchie und Republik, sondern wir wollen die deutsche Nation, den deutschen Staat, das deutsche Volk, den deutschen Raum, die deutsche Zukunft. Wir sagen keine Schlagworte damit, wir wissen, was wir meinen, wir Jungsozialisten, wir Jungkonservativen, wir Jungliberalen, wir Jungzentrum, die wir mit diesem Namen nur unsere Herkunft bezeichnen, d. h. den Ausgangspunkt unseres Ringens, ohne den Parteien, bei denen wir zunächst Verständnis suchten, innerlich noch nahe zu stehen.

Die Parteilosen sagen: Wir glauben, daß unsere Stunde schlagen wird, dann, wenn die Todesstunde des un deutschen parlamentarischen Systems schlägt; dann werden wir auf dem Plan sein und unseren Glauben verwandelt sehen in Schauen. Wann die Stunde schlägt, wissen wir nicht, aber sie schlägt, weil Deutschland zu gesund ist, um die fremdländische Krankheit des Parlamentarismus nicht überwinden zu können. Die Stunde schlägt, sie wird uns gerüstet finden und gestählt und einig uns alle. Denn unsere Front formiert sich bereits, die Front der jungen Triarier, die Deutschland — so sagen die Parteilosen — retten wird in letzter Stunde.

Der Mensch ist nicht ein Affe, dazu bestimmt, zunächst andere Tiere und danach sich selbst bis an das Bestende nachzuahmen: nein, er ist eine unvergleichlich wunderbare Schöpfung, in der sich göttliche Kräfte durch viele tausend Geschlechter kundtun, entfalten und abklären sollen; gleichsam ein göttliches Experiment, das beweist, wie sehr Geist und Staub einander durchdringen und sich zu einem gemeinsamen göttlichen Bewußtsein verklären können. So soll der Mensch verstanden werden, dann wird es eine geistige Wissenschaftlichkeit auf Erden geben.

Grundtvig

Grundtvig

Von Albert Dietrich

Es ist das Verhängnis der offiziellen deutschen Volkshochschulorganisation gewesen und geblieben, daß sie weder Ausfluß einer überragenden Persönlichkeit noch Ausgestaltung einer herrschenden Idee war. Zu einer Bewegung von eigener Wucht ist es nicht gekommen. Der deutsche Intellektuelle der Nachkriegszeit, zu ernster Wirksamkeit bereit oder — wie zumeist — nur geltungsfüchtig, warf sein Bildungschaos nunmehr unter richtungslose Massen. Ein endloses Diskutieren und Organisieren hat übrigens dazu beigetragen, manche bescheidene Lebensmöglichkeit von vornherein zu hemmen oder gar zu begraben. Da, wo Hinweise auf Grundtvig als Schöpfer der nordischen Volkshochschule laut wurden, handelte es sich vornehmlich um falsch verstandene Berufung bei engstem Horizonte oder um ein halb taktisch, halb affektiv begründetes Beiseiteschieben. Fühlte man die Schwere, die mit seinem Namen verbunden ist? Oder wollte man sich vor der neugebadenen Öffentlichkeit nicht mit dem Odium dieses nordischen Nationalhelden belasten? Wie dem auch sei — es ist gut, daß im großen und ganzen der Name und Gehalt dieses Mannes nicht durch eine Bemühung belastet wurde, die sich in ihrer anfänglichen Intention längst verbraucht hat und nur da ernsthaft und frisch gedeiht, wo ein Volkstum noch ungebrochen seiner Natur und Geschichte gehorcht. Die gesunde Arbeit, die im niederdeutschen Stammesgebiet geleistet wird, zumal in Schleswig-Holstein, zeigt selbst da, wo nicht ausdrücklich oder hauptsächlich der Zusammenhang mit Grundtvig hervorgehoben wird, allenthalben den tieferen Einklang mit seinem letzten Willen, mit der Substanz seines Wesens.

Was bedeutet uns Grundtvig? Wir Deutschen haben einen noch schwereren Zugang zu ihm als seine dänischen Landsleute und über deutsche Darstellungen seiner Bedeutung (etwa das Buch Sollmanns über ihn) an ihn zu gelangen, ist nicht unverfänglich. (Besonders erschwerend für uns ist sein toller Deutschenhaß). Die grandiose Unmittelbarkeit seiner Art wird erst durch unmittelbare Berührung, durch Lesen seiner Schriften, empfangen. Es ist dem Scharfblick und Opfermut Eugen Diederichs zu danken, daß er zunächst eine zweibändige Auswahl seiner Schriften in deutscher Übersetzung von Johannes Liebtje in seinem Verlage herausgebracht hat.*) Der Eindruck der Persönlichkeit Grundtvigs, den wir durch diese Schriftenauswahl erhalten, ist höchst bedeutend. Ein nordischer Lagarde, ein nordischer Fichte spricht zu uns; ein Mann, dessen Sprachgewalt alle lieblichen und ernsten Seiten der dänischen Natur umfängt, dessen Liebestraft und Zornmütigkeit wie eine einzige Durchdringung von jugendlicher Kraftausgießung und prophetischer Befessenheit anmutet. Nur ein Geist, der von innerer Sachgewalt getrieben, gepeinigt, erhoben wird, kann so mächtig predigen, so ernst mahnen, so freudig bekennen, so eifern vernichten, so ironisch spotten, so grausam-humorvoll sich selbst und die

eigene Gegenwart einem unwiderstehlichen Gelächter preisgeben. Von Literatentum keine Spur! Keine Spur auch von pädagogischer Selbstandacht und Programmanbetung, dieser Arme-Leute-Religion unter den Schulmeistern! Wir gewahren das Schauspiel einer ungeheuren Naturkraft, die wie das Meer bräust, wie die satte Trift leuchtet, wie der Wald duftet, wie die jütische Heide im Mondlicht geistert. Von sich selber hat er mit stolzer Liebe zur Heimat berichtet: „Dieses unser Vaterland wird kaum ein anderer Stubengelehrter vom Äußersten bis zum Innersten besser kennen als ich. Ich bin im Walde geboren und spielte als Kind unter Seelands Buchen; ich wuchs heran auf Jütlands schwarzer Heide und unterhielt mich köstlich mit Heidekraut, Eichengestrüpp und Glockenblumen; ich schwärmte als Jüngling auf Langeland vom Zaubergürtel der Meerfrau und altere jetzt in der Hauptstadt an dem stolzen Drefund, während die Runen der Urzeit und des hohen Altertums, wie die Mönchsbuchstaben vom Mittelalter in ihrer lieblichsten Anwendung (nämlich in der Geschichte des Vaterlandes) seit 30 Jahren meine Lieblinge sind.“ In dieser Sprache ist alles Anblick, Erfahrung, Anschauung; gemüthafte Innewerdung, fast idyllisch, eine heitere, weltoffene Augen- und Ohrenweide. — Nicht ohne Nachdruck hat Grundtvig den Reichtum seines leiblichen Erbes behauptet: in seinen Adern rollt seeländisches und jütisches Blut. Der furchtbare, schwermutvolle Ernst des Jüten ist auch in ihm, jene Grundstimmung der Seele, die Vater und Sohn Kierkegaard für das Grauensvolle im Christenleben reif und rüstig machte. Einen Ausdruck dieser Art vernehmen wir in den Worten des jungen Grundtvig: „Unser Zeitalter steht an einem Wendepunkt, vielleicht an dem größten, welchen die Geschichte kennt; das Alte ist verschwunden, das Neue schwankt unerlöst; niemand löst das Rätsel der Zukunft, wo sollten wir Ruhe für die Seele finden, wenn nicht in dem Wort, das bestehen wird, wenn Himmel und Erde sich vermischen, und Welten zusammengerollt werden wie ein Teppich?“ Gegen diese Eschatologie halte man die „Gesinnungsastese“ jener feinen und zerbrechlichen Befürworter einer „soziologisch-fundierten“ Volkshochschule — und die wahre Ursache des Ungenügens liegt am Tage. Wer zerbrochen und zerbrechlich ist, bleibe dem Volke fern. Es ist selber im Zustand der Massenverzauberung tausendmal heller als jene Schichten, die jeden Glauben einer Problematik aufgeopfert haben, deren Fortspinnung totem Bildungsaberglauben verdankt wird. Die Bildungskrankheit hat noch nie geheilt; und wenn die großstädtischen Massen zunächst die Volkshochschule als geistigen Konsumverein annahmen, so fliehen sie nunmehr aus gutem Instinkt — bei falscher Information — das unfelge Feld der Bildungsvermarktung.

Grundtvig wurde der Schöpfer der nordischen Volkshochschule, weil er sein Leben, Sehen und Wollen jenseits des Bildungsaberglaubens befestigen konnte. Aller große Beginn ist zugleich großes Erbe. In Grundtvig haben bluthaftes und geistiges Ahnentum alle die Kräfte und Spannungen vorgebildet, die er einer großgearteten Doppelaufgabe als Christ und Däne dienstbar gemacht hat. Vom Urgroßvater

*) N. F. S. Grundtvig, Schriften zur Volkserziehung und Volkheit. 1. Bd.: Die Volkshochschule. 2. Bd.: Volkheit, ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von Johannes Liebtje, Jena 1927.

väterlicherseits an waren alle Vorfahren Geistliche; er und seine Brüder waren es; zwei seiner Brüder starben als Missionare fern von der Heimat. Seine Mutter stammte aus der alten vornehmen Familie Bang; ihre Schwester war die Mutter von Henrik Steffens, der von waterseite Schleswig-Holsteiner ist. Die Bangs leiten sich ab von einem der ältesten Geschlechter Danemarks, von dem berühmten Geschlecht der Hoide. Der gewaltigste Sproß dieser Familie war der Primas des Nordens (in Land), Absalon (1128? bis 1201), der bereits als Bischof von Roskilde den Bund zwischen dänischer Krone und Episkopat betrieb und als „Kreuzzugsheld“ mit seinem König gegen die heidnischen Wenden stritt und an der Eroberung Rügens (1169) entscheidenden Anteil hatte. Zugleich war er — im Sinne seiner hohen Schulung in Paris — lebhafter Förderer der Wissenschaft: er regte Saxo Grammaticus zu seiner „Historia danica“ an, derselben ersten großen Geschichte, die sein Nachfahr Grundtvig ins Dänische übersetzen sollte.

Der junge Grundtvig ist durch das „Fegefeuer“ des damaligen Lateinunterrichts mit Eifer und Ekel hindurchgegangen und lange der Gefahr eines hochmütigen Moralismus ausgelegt gewesen. Den ersten Durchbruch zu tieferem Erfassen verdankt er seinem Vetter Henrik Steffens, der in Kopenhagen von 1802—1804 jene berühmten Vorträge hielt, die die deutsche Romantik dem Norden schenkten. Die glühende, urlebendige Rede dieser kühneren Natur ward ihm bis an sein Ende Vorbild und Beispiel des „lebendigen Wortes“. „Die Sprache, die er führte, der Ton, in dem er redete, das Feuer, das er aussprühte, das alles drang in mich zur selben Stunde, so daß ich fühlte, daß auch in der Welt des Wortes zweierlei Elemente sind, so verschieden wie Feuer und Wasser; ja, die begeisterte Rede — gesetzt auch, daß man sie nicht versteht, auch noch nicht tragen kann, was sie bringt — solange sie erschallt, herrscht sie dennoch wie ein König mitten unter seinen Feinden.“ Und mehr als ein Menschenalter später bekennt er: „Meine ganze Entwicklung ist eine Frucht seiner Worte.“ (Mands Minde, 1838, S. 269).

Der wahre Durchbruch — auch hierin dem edlen Vetter geistverwandt — war die Belehrung zu innerlichem geträsteten Christentum altlutherischer Prägung. Die Kämpfe, die er nunmehr mit der offiziellen Kirche, mit den romantischen Freunden und den vielen Gönnern und Hoffern auszufechten hatte, zeigen eine mächtige Streiteratur, der die Züge des Eifers und der Trosttreue zu sich selbst gut anstehen. Auf

seine Bedeutung für die dänische Volkskirche ist mit Recht immer wieder hingewiesen worden. Er ist seinem Vorfahren Absalon durchaus ebenbürtig. Die Gewissensfreiheit (nicht die „politische“) des Engländer hat ihn zu starken Freiheitsforderungen der Geistlichkeit und den Laien gegenüber ermuntert. Vor allem aber hat er durch seine Liederdichtungen und Liederbearbeitungen den Kirchengesang mächtig belebt: durch die Kirchen und Schulen Danemarks hallen die Lieder, die er in frommem Ergreifen der Überlieferung Luthers und Ringss schuf und umschuf. Die gewaltigste Position des Christen Grundtvig ist aber seine Lehre vom „lebendigen Wort“, in der er inmitten einer historistischen Auflösung der Quellen die ewige Grundlage für unsern Glauben suchte.

In dieser Gewisheit steht der Däne Grundtvig. Mit heller, weltoffener Redenhaftigkeit hat er das dänische Volkstum für die Größe des nordischen Altertums, für die engere Vaterlandsgeschichte und vor allem für den Zauber und die Unendlichkeit der Muttersprache zu gewinnen versucht. Das Schrifttum, das er über seine Zeit trotz starker Ablehnung, trotz langer Zensur (1826—1838) ausgegossen hat, ist ungeheuer. Die nordische, vor allem isländische Literaturforschung verdankt ihm ebenso wie die Beowulforschung entscheidende Anstöße und Anregungen.

Grundtvig sah mit prophetischer Schärfe die Urfeindschaft von lebendigem und totem Wort. Der Kampf gegen die „Verschulung“ der Gebildeten artete bei ihm zuweilen ins Übersteigerte aus: Er sah vor lauter Buch- und Buchstabenfeindlichkeit nicht mehr die korrigierenden Gegenmächte. Aber in der wahren Tiefenschicht dieser Befehdung liegt das mythisch große Gewahren von der entsetzlichen Lebensentfremdung des Buchstabengeistes, wie es die einzelnen und Massen längst in ganz Nordeuropa ergriffen hat. — Sein Gesicht von einer Schule für das Leben und vom Leben ist Wirklichkeit geworden, wengleich auch in der dänischen Volkshochschule Zeichen der Gewöhnung und Ermattung, vornehmlich in unseren Tagen, nicht ausgeblieben sind. — Daß seine Gedanken uns nicht veralten können, daß wir zu dieser deutschen Übersetzung mit Freuden greifen, liegt in der herrlichen Ursprünglichkeit und Unbekümmertheit begründet, mit der dieser letzte Skalde sein Volk für die Zukunft zu retten vermochte, indem er es in begeisterter Rede, in überströmendem Gesange für seine christlich-nordische Verantwortung und Überlieferung gewann. „Unser Volk hat allein in der Vaterlandsgeschichte ein großes und festgefügtes Vaterland, das seinen Mut stärken und seine Liebe steigern kann.“

Kritik der Presse

Wie sehr grobe Lüge und Verleumdung gegen Deutschland heute neun Jahre nach Friedensschluß noch verbreitet werden, zeigt ein Artikel in „The Indian Daily Telegraph“. Dieser Artikel „If Germany had won war“ ist aufgemacht als ein Interdolew, das der Kronprinz dem Vertreter der „Sydney Sun“ gewährt habe. Aus dem zwei Spalten füllenden Artikel sollen hier nur die schönsten Blüten, die der Phantasie jener australischen Redaktion entsprossen sind, herausgepickt werden. Es sei sorgfältig geplant gewesen, soll der Kronprinz gesagt haben, nicht Frieden zu schließen, ehe die deutschen Truppen auch in London einmarschiert seien. Dort hätte man dann im Buckingham-Palast den Frieden unterzeichnen können. „Eins versprach mir mein Vater, wenn Deutschland den Sieg errungen hätte, sollte ich Kaiser von Indien werden, ein Vorschlag, den ich gern angenommen hätte, da ich seit meinen Reisen in jenem Lande den Orient sehr liebe.“ Hindenburg und Ludendorff sollten — nach den angeblichen Äußerungen des Kronprinzen — hohe Posten in den neu erworbenen Kolonien erhalten. General Mackensen sollte Gouverneur von Nordafrika werden und Prinz Eitel Friedrich Gouverneur von Kanada! Und Admiral Tirpitz sei seit langem Malta und Gibraltar versprochen gewesen. Da man den Vereinigten Staaten keine Kolonien hätte abnehmen können, sollten sie eine besonders große Kriegsschädigung bezahlen. Deutsche Besatzungsarmeen sollten in London, Paris, New York und auch in Rom stationiert werden. Die Flotte der Entente wollte sich natürlich

Deutschland auch abtreten lassen. Kurz und bündig soll der Kronprinz jener australischen Zeitung erklärt haben: „Mein Vater träumte davon, Diktator über die Welt zu werden. . . Mein Vater würde vermutlich den Bolschewismus in Rußland willkommen heißen und einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjet-Regierung geschlossen haben. Deutschland liebt den Bolschewismus — außerhalb Deutschlands!“ — Es ist kaum anzunehmen, daß der „Indian Daily Telegraph“ diese Anhäufung primitiver Lügen für die dort lebenden Engländer berechnet hat. Vermutlich sind sie für die Inder bestimmt, deren Neigung für Deutschland man durch die Behauptung, der Kronprinz habe Kaiser von Indien werden sollen, abzukühlen hofft. Jene elfrige Zeitung dürfte sich aber vergeblich bemühen, denn die autonomen Inder haben dieses Spiel durchschaut. Die Dementierung jenes famosen Artikels durch den Beauftragten des Kronprinzen wird in Indien nicht unbekannt bleiben.

★

Die devote Art, mit der einige schweizerische Blätter vor Frankreichs Nationalismus Kotau machen, hat sich nach dem Straßburger „Gabelplebiszit“ — so nannte hoshast, aber gut charakterisierend ein Straßburger Blatt, „Das Neue Elßaß“, das Bankett vom 12. Februar — wieder in einigen beschämenden Beispielen gezeigt. So haben die beiden großen Basler Blätter, die „Nationalzeitung“ und die „Basler Nachrichten“, die wegen ihrer einseitigen Beurteilung des elßaß-lothringischen Autonomis-

... als unvoreingenommene Zeugen überhaupt nicht in Frage kommen, nicht den Mut gefunden, Frankreichs gefährlichen Irrweg aufzuweisen, den seine Verwelschungspolitik bedeutet und sein Kampf gegen die Heimatbewegung. Dabei ist es ihnen sehr deutlich bewußt, daß der große Gegensatz zwischen germanischer und romanischer Staatsauffassung die Schuld daran trägt, daß Elsaß-Lothringen und Frankreich sich über die Eingliederung der „wiedergefundenen Provinzen“ nicht zu einigen vermögen. Aber nicht an die verbohrt zentralistische Engherzigkeit der französischen Nation richten sich die Schweizer Vorwürfe, sondern in rührender Demut wird den von dieser Staatsmaschine im Lebensnerv bedrohten Elsaß-Lothringern gesagt: Ihr müßt euch drein finden, wenn Frankreich dafür kein Verständnis hat, daß ihr Selbstverwaltung eures Landes verlangt. — Man könnte sich denken, daß die nachbarliche Pflicht gegenüber Alt- und Neufrankreich in der Weise sich äußern würde, daß man die Berechtigung der elsäß-lothringischen Heimatbewegung den Parisern vorhält. Aber es ist bequemer, den Franzosen nach dem Munde zu reden. Da stellt man sich sogar so, als glaube man an das Märchen von der „deutschen Propaganda“ in Elsaß-Lothringen. Es müßten doch triftige Beweise dafür vorliegen, meint ein Schweizer Blatt bieder, wenn Poincaré in Straßburg so scharfe Worte gegen die Autonomisten gebraucht habe. Und es fehlen sogar Blätter nicht, die die Schuld an der elsäß-lothringischen Unzufriedenheit den vielen „naturalisierten und nicht naturalisierten Fremden“ (lies: Deutschen) zuschreiben, wie das die französischen Propagandisten gelegentlich auch tun, wenn sie gar keine andere Erklärung mehr für die ihnen unverständliche Auflehnung der „befreiten Brüder“ gegen das Verwelschungsregime aufweisen können. Leider ist daran kein Wort wahr. So wenig man im November und Dezember 1918 etwas davon gemerkt hat, daß mehr als 200 000 Altdeutsche im Lande waren und noch mehr „B-Kärtler“ (d. h. Abkömmlinge von Eltern, deren einer Teil aus einer eingewanderten-Familie stammte), so wenig ist irgend ein Einfluß dieses beträchtlichen Bevölkerungsteils heute zu merken. Wenn man von deutschen Einflüssen auf die elsäß-lothringische Politik sprechen will, so sind diese — es ist beschämend, aber wahr — nur im Sinne des übelsten Renegatentums zu verbuchen. Wir denken dabei noch nicht einmal an die Herren Hirschauer und Ecard, die im französischen Senat ihre Rolle als „Enthüller“ deutscher „Rüstungen“ und „Kriegsdrohungen“ spielen, und die beide „aus der Bohle bezogen“ worden sind. Wir denken aber an Fritz Rieffer, den Arrangeur der französischen Propagandafeste, an den Gründer der „Liga gegen die deutsche Kultur in Elsaß-Lothringen“, einen Herrn Better aus dem preußischen Zauheim, an Georg Weill aus der Pfalz, an Dr. Oberkirch aus dem Badischen, an den wilden Autonomistenfresser Paul Kalb aus Wiesbaden. — Würden die deutsch-schweizerischen Blätter, die auf französische Propaganda-Legenden stets hereinfallen, nicht einmal die Rückfrage anstellen nach irgendeinem Namen solcher „naturalisierter oder nicht naturalisierter Fremder“, die einen Keil zwischen Frankreich und „seine“ Elsaß-Lothringer treiben? Es müßte in den letzten vier Jahren, seit denen eine planmäßige Treibjagd nach Autonomisten im Gange ist, doch einmal ein Einziger im Garn geblieben sein. Aber, bitte, nicht die Entschuldigung, daß Frankreich aus übergroßer Peinlichkeit in der Befolgung des Locarno-Pakts seine Erfahrungen auf diesem Gebiet nicht aufdeckt! Dieser schlaue Gedanke, den das französische Royalistenblatt, der Straßburger „National d'Alsace et de Lorraine“, dann und wann vorbringt, ist für ein aufrechtes Schweizer Blatt doch nicht ganz annehmbar.

★

Die französische Propaganda ist zur Zeit höchst rührig, allerwärts den schlechten Eindruck wieder zu verwischen, den der Reinfall von Hagenau für die Pariser Nationalistenblätter und vor allem für Herrn Poincaré selbst bedeutet. Wie oft das immer wieder auch bei Blättern glückt, die heute gewißigt sein könnten, zeigte das „Neue Wiener Abendblatt“, das am 29. Februar ausgerechnet den österreichischen Havas-Vertreter berichten läßt, daß im Elsaß von einer Zurücksetzung der deutschen Muttersprache und von Überfremdung keine Rede sein könne. — Ein anderer Fall; Bekanntlich war der

Gemeinderat von Hagenau Ende Januar aufgelöst worden, weil er sich geweigert hatte, der Regierung das vom Straßburger Präfekten gewünschte Telegramm zu schicken, das ihr für die „energische“ Unterstützung der autonomistischen Presse Dank sagt. Der außerordentlich leidenschaftlich geführte Wahlkampf ging darum, ob die Hagenauer Bevölkerung die Haltung der früheren Gemeinderatsmehrheit und der Stadtverwaltung (Bürgermeister Weiß und seine heimatbündlerischen Freunde Keppl, Generalsekretär der Stadt, Gromer, Stadtbibliothekar, Moschenroß, Ohlmann usw.) billige oder nicht. Um jede Ablenkung durch andere Punkte als den „nationalen“, den französischen Streitpunkt, zu beseitigen, waren die Anti-Autonomisten zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen, auf der sich Sozialisten, Radikale, Demokraten und nationalistische Katholiken gegen die katholisch-autonomistische Liste des bisherigen Bürgermeisters zusammengesunden hatten und die den religiös-kirchlichen Stand der Dinge für unantastbar garantierte. Die Bürgermeisterliste siegte schon im ersten Wahlgang so entscheidend, daß für den zweiten Wahlgang die nationale Liste freiwillig auschied. Von den „guten Franzosen“ ist kein einziger in den neuen Gemeinderat gekommen, der nunmehr völlig einheitlich aus Vertretern des heimatrechtlichen, autonomistischen Flügels der „Elsässischen Volkspartei“ besteht. Poincarés Gefolgschaft ist so vollkommen geschlagen, daß man annehmen konnte, es werde in Deutschland sich niemand finden, der trotz alledem das Gegenteil zu behaupten gedächte. — Der Sieg gehört der an sich durchaus loyalen, aber ebenso unbedingt heimatrechtlichen, heimatbündlerischen Liste — die den Beistand der Kommunisten erhalten hatte, während die Sozialisten, wie üblich, bei den Nationalisten kämpften —, und es ändert daran nichts, daß Weiß sofort nach seinem Sieg an Poincaré diese lokale Gesinnung in einem Telegramm nochmals ausgedrückt hatte, wie er es vor der Auflösung des alten Gemeinderats auch getan hatte, ohne dadurch die Meute der Anti-Autonomisten zu beruhigen, für die nun einmal ebenso wie für jeden Franzosen „Autonomie“ gleich „Separatismus“ und gleich „Hochverrat“ ist. Daß Poincaré sofort geantwortet hat, ärzte die französischen Propagandastellen im Lande selbst und alle die Organe der Geschlagenen bitter, da er sich und eigentlich auch ihnen damit die Trümpfe aus der Hand schlug. Offen zugegeben hat diesen Arger allerdings bisher nur Jules-Albert Jaeger im französischen Straßburger Propagandablatt, der „Alsace Française“, wo besonders über den unangebracht herzlichen Ton Poincarés Klage geführt wird, der die „Patrioten“, die geschlagenen Autonomisten-Feinde, kränken mußte. Die Chauvinistenblätter halfen sich gegenüber dem unbequemen Telegrammwechsel mit Verdächtigungen wie „Doppelgängigkeit“ der Hagenauer Gegner. So die radikale „Republique“, das Straßburger radikale Blatt, die offen von einer „verlorenen Schlacht“ spricht. So die „Freie Presse“, das Sozialistenblatt, das über die „klerikal-autonomistisch-kommunistische“ Wahlgemeinschaft wehklagt. So das „Journal d'Alsace et de Lorraine“, das meint, man werde in Berlin illuminieren, denn es sei in Hagenau der Heimatbund über Frankreich Sieger geblieben. Die Mülhauser „France de l'Est“, ein demokratisches und daher äußerst autonomistenfeindliches Fabrikantenblatt, fand den guten Ausweg, ihren guten Glauben an die Loyalität der Weiß-Leute davon abhängig zu machen, daß man jede Gemeinschaft mit Keppl, Gromer usw. aufhören lasse. (Woran natürlich kein Mensch denkt!) Bei diesem Stand der Dinge konnte man wohl annehmen, daß auch deutsche Linksblätter sich nicht dazu hergeben würden, das französische Spiel zu spielen. Besonders konnte man das beim „Berliner Tageblatt“ erwarten, da es immer die Heimatbewegung in Elsaß-Lothringen als durchaus loyal anerkannt und während der Locarno-Debatten den annehmbaren Gedanken ausgesprochen hat, daß Frankreich nunmehr die Forderungen der Autonomisten nicht mehr mit den bisherigen Phrasen von „deutscher Propaganda“ abtun könnte. Der Pariser Korrespondent aber spricht am 5. März nach vollendeter Niederlage der Anti-Autonomisten unter Hinweis auf jenes Lokalitätstelegramm davon, daß „die Differenz wegen der vermeintlichen autonomistischen Einstellung des Hagenauer Gemeinderats beigelegt“ sei. Die französische Propaganda wird diesen Sekundantendienst dankbar quittiert haben. — Überraschender noch ist die Hilfsstellung eines rechtsstehenden Blattes, der „Frankfurter Nachrichten“, deren Straßburger i.-Mitarbeiter schon hin und wieder etwas verworren und verwirrend be-

richtet hatte. „Frankreichs Gewaltpolitik in Elsaß-Lothringen beginnt zu wirken.“ Der Fall *Bulach* sei „bezeichnend“ für die augenblickliche Lage, wo jeder dem andern die Schuld an der hochverräterischen Bewegung in die Schuhe schieben wolle. Die Handlungsweise *Bulachs*, der, um sich vor den 13 Monaten Gefängnis zu retten (übrigens vergeblich), „die Geste des Dolchstoßes in den Rücken der Autonomisten getan“ habe, wiederhole sich „allenthalben“. Allenthalben? Wie kann man in einem deutschen Blatt, das kürzlich noch ausführlich einen der zur Zeit landflüchtigen Autonomistenführer habe zu Worte kommen lassen und dadurch seine Sympathie für die Freiheitsbewegung Elsaß-Lothringens gezeigt hatte, solche unsinnige Behauptungen unbesehen weitergeben? Kein Wort in dem ganzen Artikel davon, daß 25 Helmatreue wegen ihrer Besinnung seit Monaten in Gefängnishaft sind, ohne daß sie versucht hätten, durch einen ähnlichen Umfall sich zu retten wie *Bulach*! Das Abbrechen der bestehenden Parteien von den autonomistischen Organisationen (nicht aber von der autonomistischen Idee!) wird erst hinterher und so nebenbei mit „Angst vor einer unbequemen Konkurrenz“ erklärt. Das stimmt, zeigt aber doch gerade die Zugkraft der Helmatidee. Die großen Erfolge der elsaß-lothringischen Kommunisten (weil sie sich zur weitgehenden Gemeinsamkeit der Kampffront mit den „bürgerlichen“ Autonomisten bekennen) werden späterhin sehr richtig damit erklärt, daß die Parteien „bei voller Kenntnis der Stimmung“ das Ventil verstopfen wollten. Und so hätten die Hagenauer Gemeinderatswahlen bewiesen, „daß politischer Druck noch lange nicht ausreicht, die Überzeugung der Elsäßer zu annullieren.“ Na also! Warum muß man dann erst Frankreich beglaubigen, daß seine Gewaltpolitik „zu wirken beginnt“?!

★

„Es sind von gewissen Kreisen und Stellen her — in Vorträgen und Zeitungsartikeln — Bemühungen bemerkbar, im deutschen Katholizismus für eine Verständigung und Ausöhnung mit Polen zu werben. Es wird geradezu als eine gottgewollte Aufgabe des deutschen Katholizismus bezeichnet, dem „katholischen Polen“ endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“, schreibt „Der Deutsche“ in einem Leitartikel. „Uns will scheinen, als ob man hier mit dem Namen Gottes und der Kirche Mißbrauch treibt. Für eine Verständigung mit dem Nachbarstaat wird jeder Vernünftige sein. Aber zum Verständigen gehören zwei. Es genügt nicht, wenn nur der eine den guten Willen hat.“ Der Autor dieses Artikels im „Deutschen“ wird dabei vor allem an den reichlich seltsamen Aufsatz des Breslauer Professors Hermann Hoffmann gedacht haben, der gleichzeitig in dem westfälischen Zentrumsblatt „*Tr-*

monia“ und in der „*Menschheit*“ erschienen ist. Dieser Artikel ist bezeichnend für die Einstellung derer, die eine Verständigung um jeden Preis mit Polen wollen. — „Ein besiegtes Volk kann viel opfern an Gut und Geld, es darf sogar seine Kinder belasten, aber es ist unmöglich für ein Volk, lebendige Menschen seines Blutes zu opfern, auf geraubte Volksteile zu verzichten oder sie der Ausrottung zu überlassen, ohne sich mit allen Kräften dagegen zu wehren“, stellt „Der Deutsche“ fest, damit die Voraussetzung einer Verständigung bezeichnend und auch das Ziel, ohne das sie sinnlos für uns ist. „Allgemeine sentimentale Redensarten sind hier zwecklos und schaden. Die Verständigung mit Polen muß auf höchst nüchterne und sachlich kaufmännische Art betrieben werden.“ — Man erinnert sich dieser Worte, wenn man die Polenrede liest, die Wilhelm von Scholz im P. E. N.-Club zur Begrüßung zweier polnischer Dichter hielt und die ihm so bedeutungsvoll erscheint, daß er sie in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „*Die Poren*“ veröffentlicht, weil die Tageszeitungen keinen Raum für sie hatten. Wäre diese Rede eine literarische Angelegenheit, dann könnte man mit einem Achselzucken daran vorbeigehen. Da man sich aber des Eindrucks nicht erwehren kann, daß sie ein Glied in der Kette ist, die an dieser Stelle vor längerer Zeit die geistige Vorbereitung eines *Locarnos* genannt wurde, so muß sie einer politischen Kritik unterzogen werden. — Nirgends kommt diese Rede über sentimentale Redensarten, die „zwecklos sind und schaden“ hinaus, Redensarten, die zuweilen zu pathetischen Phrasen werden. Oder wird man solche Worte anders nennen können: „Ueber die Zeit der großen Staatsmänner und Heerführer wächst — uns schon mit ihrer Morgendämmerung ahnbar — das grundsätzlich neu eingestellte Zeitalter herauf, in welchem das Gefühl von Mensch zu Mensch, das einfache Einheitsbewußtsein dieser auf einem winzigen Planeten zu gemeinsamem Gedeih und Verderb in eine eifige Ewigkeit geschleuderte Menschheit, ihr engstes Auseinanderangewiesensein das allein Entscheidende ist, — bis ihr Erdstern einmal, wie jeder einzelne von uns, seinem kosmischen Tod verfällt?“ Selbstverständlich fehlt es in dieser Rede nicht an Beschwörungen der „besseren Zukunft“, der „Erziehung zu gegenseitiger Liebe“, der „Nachbarschaft, die verpflichtet... Sie verpflichtet gegenseitig, insbesondere dann, wenn diesseits und jenseits der Grenze Volksgenossen beider Nachbarn leben“.

Mit diesen leeren Worten tut Wilhelm von Scholz die Frage ab, die entscheidend ist, für die deutsch-polnischen Beziehungen. Und es ist würdig eines Präsidenten der Preussischen Dichterkademie, wenn er fortsetzt: „Alle früheren Versuche, die Völker aus Feindschaft zum Frieden und zu gegenseitiger Förderung zu führen, scheiterten an der Weiträumigkeit der Erde, die die Völker einander immer unbekannt bleiben ließ. Wenn wir der Mechanisierung und Technisierung aller Dinge, die uns immer mehr unterjocht, einen wahrhaften Nutzen anzusprechen müssen, ist es der, daß sie die Berührung der Völker so steigert, die Menschen räumlich so nahe bringt, daß ohne unser Verdienst, schon durch die Zeitumstände, mehr von dem Ideal des P. E. N.-Club verwirklicht werden kann, als dies in früheren Zeiten möglich war, und mehr verwirklicht werden wird.“ Die Vision eines politischen Dichters! Durchdrungen von dessen Aufgaben ruft Scholz uns zu: „Unterschätzt die Dichter nicht!“ — Wir müssen bekennen, daß uns die Zurückhaltung, wie sie der polnische Dichter *Raden-Bandrowski* übte, besser gefiel und den wirklichen Verhältnissen entsprechender schien.

Bestellzettel

(unfrankiert im Umschlag in den nächsten Briefkasten werfen)

Ich bestelle hiermit

ab 1928

..... Exemplare

der Wochenschrift „Gewissen“

und bitte die monatl. Bezugsgebühr von 1.— RM. zuzügl. 6 Pfg. Gebühren durch den Briefträger bei mir zu erheben.

Name:

Ort u. Straße:

Jungkonservativer Klub

Dienstag, den 13. März 1928

abends 8¹/₄ Uhr:

Hermann Probst:

Auslandsarbeit der Studentenschaft